

Zeitschrift: Schweizer Soldat + FHD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 57 (1982)

Heft: 4

Artikel: Die strategische Lage Europas und der Schweiz Anfang 1982

Autor: Brunner, Dominique

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-713445>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die strategische Lage Europas und der Schweiz Anfang 1982

Major i Gst Dominique Brunner, Zürich

Pazifistische Welle

Vordergründig betrachtet, erscheint 1981 als das Jahr des eigentlichen *Aufkommens* und der *Ausbreitung* der sogenannten *Friedensbewegung* in Westeuropa. Bei näherem Zusehen ist es das Jahr der vielleicht *ernstesten Krise der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft* seit deren Bestehen, einer Krise, der letztlich zweierlei zugrunde liegt: Führungsschwäche in beinahe allen westeuropäischen Demokratien und, damit zusammenhängend, ein unter dem Gesichtspunkt der geistigen Widerstandskraft und der inneren Wehrbereitschaft ziemlich desolater Zustand von Teilen der Öffentlichkeit in Westeuropa.¹

Das Phänomen ist eigentlich verblüffend, dass eine *diffuse Kriegsangst* weite Kreise erfasst, dieses Gefühl die Menge aber nicht dazu bestimmt, die Seite anzuklagen, die alles tut, um militärische Überlegenheit zu erreichen oder auszubauen, sondern Unbehagen und Angst in eine wehrfeindliche Stimmung umschlagen und in Verkehrung der wirklichen Verhältnisse am Ende die unterlegene, lediglich reagierende Seite, der Westen, zum Sündenbock wird. Pazifistische Strömungen sind seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa immer wieder durchgebrochen, aber weder im Gefolge des sowjetisch inspirierten Stockholmer Appells, noch zur Zeit von Lord Bertrand Russells Ostermärschen mit vergleichbarer Wucht und in vergleichbarer Breite.

Ursachen des erlahmenden Selbstbehauptungswillens

Nur das Zusammenfallen und Zusammenwirken verschiedener Faktoren kann das Phänomen erklären: *Zivilisatorisches Malaise* in der hochtechnisierten Gesellschaft; zunehmende Unselbstständigkeit des einzelnen im durchreglementierten *Wohlfahrtsstaat*; *Negativismus* und *Sensationsgier eines Teils der Medien* angefangen bei den elektronischen; das Verblasen der Erinnerung an den von den Europäern erlebten Krieg, die Tatsache, dass man sich an die *längste Friedensperiode der neueren europäischen Geschichte* sosehr gewöhnt hat, dass der Friede als *Selbstverständlichkeit* empfun-

den wird, Verteidigungsvorbereitungen infolgedessen als überflüssig, Rüstungsausgaben als irrational betrachtet werden. Aber das stellt sozusagen nur den Nährboden dar, auf dem die pazifistische Bewegung aufblühen konnte. *Zwei weitere Faktoren* waren wohl nötig, damit sich die Bewegung so, wie man es 1981 erlebt hat, entfalten konnte: Die *Propagandaoffensive Moskaus* beziehungsweise seiner Helfershelfer, vor allem aber die *Unfähigkeit der politischen Führung in den meisten europäischen Ländern*, zu überzeugen, zu motivieren, kurz: zu führen.

Vor dem Hintergrund veränderter militärischer Realitäten

10 oder 20 Jahre früher wäre eine solche Krise des Verteidigungswillens vergleichsweise unbedenklich gewesen, weil die realen Machtverhältnisse anders waren. Mitte der 60er Jahre verfügte die Sowjetunion über knapp 140 Divisionen in unterschiedlicher Bereitschaft. Panzerstärke war gewiss schon damals ein hervorstechendes Merkmal dieser Grossverbände, ebenso die zahlmässige Stärke der Artillerie. Personalbestand der Divisionen und Qualität vieler Waffen waren indessen denjenigen des Westens unterlegen. Die Infanterie der motorisierten Schützendivisionen war wohl mit geländegängigen Fahrzeugen ausgerüstet, aber diese waren keine eigentlichen Schützenpanzer. Gepanzerte Artillerie gab es nicht, und die Schwächen der sowjetischen Kampfpanzermodelle traten in mehreren Kriegen, insbesondere im Mittleren Osten, unwiderrückbar zutage. Jagdbomber und Jäger des Warschauer Paktes konnten sich, richtig besehen, hinsichtlich Reichweite, Zuladung, Avionics, kurz Kampfkraft nicht mit den Maschinen der Westmächte messen. Die logistische Organisation der sowjetischen Landstreitkräfte wies ernste Mängel auf, die zum Beispiel anlässlich der Operation des Paktes gegen die Tschechoslowakei 1968 – beim Fehlen jeder diesen Namen verdienenden Genenwehr – sichtbar wurden. Im nuklearen Bereich bestand eine *eklatante Überlegenheit der USA*. 1965 standen beispielsweise 1400 amerikanischen Lenkwaffen, die das sowjetische Heimat-

gebiet erreichen konnten, 330 entsprechende sowjetische Einsatzmittel gegenüber, die qualitativ deutlich unterlegen waren. Die amerikanische Bomberflotte, zahlenmäßig haushoch überlegen, war damals modern.

Obgleich sich das Ausgreifen der sowjetischen Marine in die Weltmeere abzuzeichnen begann, konnte kein Zweifel an der Fähigkeit der Amerikaner und ihrer Verbündeten bestehen, die vitalen Verbindungslinien zur See zu beherrschen.

Mehr als fünfzehn Jahre kontinuierlicher Anstrengungen der Sowjetunion im militärischen und Rüstungsbereich haben nun aber bei gleichzeitigem vergleichsweisem Nachlassen der USA wie auch der meisten ihrer europäischen Verbündeten in ihren Verteidigungsanstrengungen zu tiefgreifenden Verschiebungen im Kräfteverhältnis geführt.

Unbeirrtes Aufrüsten der Sowjets

Nach Chruschtschows Sturz setzte eine eigentliche Aufrüstung auf sowjetischer Seite ein, die bis heute angedauert hat. Nach übereinstimmenden Schätzungen verschiedener Quellen entsprachen die sowjetischen Aufwendungen für militärische Zwecke seither regelmässig 12 bis 15 Prozent des Bruttonzialproduktes. Für Unterhalt und Ausbau der nuklearstrategischen Offensiv- und Defensivkräfte standen in der Sowjetunion nach offiziellen amerikanischen Angaben zwischen 1968 und 1978, in Realwert ausgedrückt, jährlich 22 bis 26 Milliarden Dollar (1978) zur Verfügung. Für den gleichen Bereich gaben die USA im selben Zeitraum jährlich 7 bis 12 Milliarden aus.

Der Personalbestand der gesamten sowjetischen militärischen Kräfte einschliesslich der sogenannten Grenztruppen des KGB hat sich zwischen 1965 und 1975 um eine Million Mann auf 4,4 Millionen erhöht. In der gleichen Zeit schafften die Vereinigten Staaten die allgemeine Wehrpflicht ab, gingen zu einer Freiwilligen- oder Berufsarmee über und nahmen damit ein Absinken ihres Personalbestandes auf rund 2 Millionen in Kauf.

Das Bemerkenswerteste an den sowjetischen militärischen Anstrengungen der letzten rund 15 Jahre liegt darin, dass

sämtliche Teilstreitkräfte zielbewusst entwickelt und ausgebaut wurden:

- Die nuklearstrategischen – also zum Einsatz gegen das amerikanische Heimatgebiet geeigneten – Raketenstreitkräfte, bei denen die USA rein quantitativ bereits in den frühen 70er Jahren überflügelt wurden, was das SALT-I-Abkommen vom 26. Mai 1972 bestätigt hat (die USA durften 1710 Abschussvorrichtungen haben, die Sowjets 2358, dies aufgrund der verfügbaren oder im Bau befindlichen «Launchers»).
- Die eurostrategischen Raketen- und Bomberkräfte mit der Beibehaltung von Hunderten älterer Systeme – SS-4 und SS-5 bei den Lenkwaffen, TU-16 und TU-22 bei den Bombern – und der Einführung der SS-20 landmobilien Lenkwaffen sowie der Indienststellung des TU-26-Bombers «Backfire».
- Die taktischen Nuklearstreitkräfte mit der Ablösung älterer Lenkwaffen durch die leistungsfähigen SS-21, SS-22 und SS-23.
- Die taktischen Luftstreitkräfte mit der zügigen Modernisierung des Flugparks bei Erhaltung grosser Bestände an operationellen Maschinen.
- Die Flotte, die, um mit William E Colby, dem ehemaligen Direktor der CIA, zu sprechen, von Admiral Gorschkow, ausgehend von einer kleinen Streitmacht zur Küstenverteidigung, in die heutige «blue ocean navy» verwandelt worden ist, welche im Atlantik, im Pazifik und im Indischen Ozean präsent ist.
- Die Landstreitkräfte schliesslich, deren Bestand an Divisionen bei parallel dazu erfolgender Erhöhung des Sollbestandes derselben – von 11 000 auf 13 600 Mann beim verbreitetsten Divisionstyp, den motorisierten Schützendivisionen – um mehr als dreissig von 140 auf nunmehr fast 180 vergrössert wurde, und denen modernes Material in grossen Mengen zugeführt wurde.

Gewaltige Produktionskapazität der sowjetischen Rüstungsindustrie

Dieser spektakuläre und durchaus einmalige Auf- und Ausbau der russischen Militärmacht setzte die Bereitstellung enormer industrieller Produktionskapazitäten voraus. Für diese mag das Beispiel des Werkes von Nishni Tagil stehen, 2400 Kilometer südöstlich von Sewerodwinsk gelegen, einer Fabrik, die 827 000 m² bedeckt, wo 1980 2500 moderne T-72-Panzer ausgestossen wurden. Diesen Kapazitäten verdankt die Sowjetunion die doppelte Fähigkeit, anspruchsvolles Kriegsmaterial in grösserer Stückzahl als der Westen herzustellen und dieses Material in rascherem Rhythmus zu erneuern beziehungsweise zu modernisieren.

Wie zuvor angedeutet, erklärt sich dieser Zuwachs der sowjetischen Militärmacht nicht allein aus den grösseren materiellen Anstrengungen dieser Seite, sondern

auch aus dem Stagnieren der Rüstungsanstrengungen im Westen – im Zeichen der in Amerika vor allem durch das Vietnam-Erlebnis bedingten Ernüchterung hinsichtlich überseischer Engagements und der in Europa namentlich durch die sogenannte Ostpolitik der Bundesrepublik unter Brandt erzeugten Entspannungseuphorie.

Der Realwert der amerikanischen Verteidigungsausgaben entwickelte sich zwischen 1964 und 1980 wie folgt:

US-Militärausgaben in Milliarden Dollar (konstant)

1964	1965	1968	1971	1975
149.5	136.6	195.9	158.5	131.2
1976	1977	1980		
127.0	129.5	138.1		

(gemäss Bericht des US-Verteidigungsministers unter Carter vom 29.1.80)

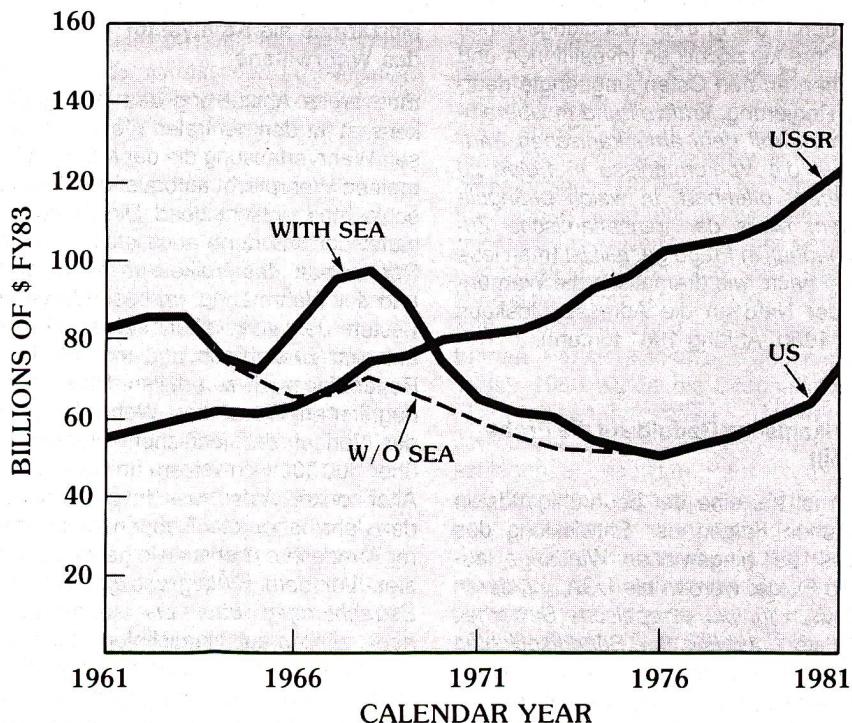
Der Sowjetunion geht es um militärische Überlegenheit

Die Fortdauer der sowjetischen Anstrengungen im Bereich der Rüstung widerlegt unter diesen Umständen die vor allem Ende der sechziger und anfangs der siebziger Jahre im Westen verfochtene These, der Sowjetunion gehe es um Ebenbürtigkeit mit den USA, dies aus verschiedenen, sowohl prestigemässigen als auch praktischen Erwägungen; sei diese einmal hergestellt, so hätten die sowjetischen Machthaber ihr Ziel erreicht und würden sie zu weitreichenden Abmachungen in bezug auf Rüstungsbegrenzung Hand bieten.

Es geht der sowjetischen Führung eindeutig um mehr. Ihr ist es offenbar darum zu tun, eine Überlegenheit zu erlangen, die es ihr ermöglicht, einen erheblichen Einfluss auf das Verhalten der europäischen Staaten auszuüben. Ähnliches dürfte für die vitale Region des Persischen Golfs

CHART II.A.1

COMPARISON OF US MILITARY INVESTMENT OUTLAYS WITH ESTIMATED DOLLAR COST OF SOVIET MILITARY INVESTMENT ACTIVITIES



NOTES:

INVESTMENT INCLUDES RDT&E, PROCUREMENT AND MILITARY CONSTRUCTION

gelten. Ein – ohne Besetzung, die die Sowjets kaum anstreben – ihnen gegenüber gefügiges Westeuropa, eröffnet die Aussicht auf die Nutzung wirtschaftlicher Ressourcen, die der maroden sowjetischen Planwirtschaft fehlen, während eine Art *Kontrolle über die Erdölquellen des Golfs* den doppelten Vorteil böte, die sowjetischen Probleme in bezug auf Erdölvorsorgung zu lösen und insbesondere die westeuropäischen Länder weitgehend in die Abhängigkeit Moskaus zu bringen.

Unter solchen Voraussetzungen mutet der sich in der sogenannten Friedensbewegung manifestierende Antiamerikanismus, mutet aber vor allem das Wohlwollen oder jedenfalls die Hilflosigkeit von Teilen der Führungsschicht in verschiedenen europäischen Ländern gegenüber eben dieser Bewegung geradezu tragisch an. Es ist für den geistigen Zustand allzu vieler unter den für die öffentliche Meinungsbildung massgebenden Kräften in Westeuropa, Journalisten und Politiker, sehr bezeichnend, dass die sich zur Wehr setzende neue amerikanische Führung 1981 schlechtere Noten erhielt als Breschnew und die russische Oligarchie.

Nur dem geistigen und letztlich charakterlichen Versagen eines Teils der europäischen Meinungsbildner und Führer hat es der Kreml zu verdanken, dass sich die Entwicklung in Polen für ihn im Westen psychologisch nicht viel nachteiliger ausgewirkt hat. Das geschmeidigere Vorgehen der sowjetischen Führung in diesem Falle, geschmeidiger als bei früheren Gelegenheiten wie Ungarn und CSSR, hat sich voll ausbezahlt. Und zugleich hat die Unfähigkeit der EG-Regierungen, angeführt durch die in ihrer Handlungsfreiheit durch ihre kurzsichtigen Investitionen und Darlehen an den Osten eingeengte deutsche Regierung, kraftvoll und in Übereinstimmung mit dem amerikanischen Partner auf die Vorkommnisse in Polen zu reagieren, offenbart, in welch beängstigendem Mass der transatlantische Zusammenhalt in Frage gestellt ist (man lese einmal nach, wie dramatisch die Warnungen der Nato an die Adresse Moskaus Ende 1980, Anfang 1981 tönten!).

Amerikanische Geduld auf die Probe gestellt

Damit ist auf eine der beunruhigendsten möglichen Folgen der Entwicklung des Jahres 1981 hingewiesen. Wie lange, lautet die Frage, werden die USA, mit deren Einstehen für die europäische Sicherheit diese steht und fällt, ihre Bündnispflichten gegenüber Partnern: zu erfüllen bereit sein, die es ihnen gegenüber an der elementarsten Solidarität fehlen lassen, die ihnen die Lasten überlassen und sie ständig kritisieren, von denen sie wenn möglich beschimpft werden. Dass diese Sorge nicht aus der Luft gegriffen ist, beweisen die folgenden Aussagen Henry Kissingers Ende 1981: «Wird der Friede zu unserem

einzigsten Ziel, so wird die Welt übernommen werden von denjenigen, die bereit sind, mit Krieg zu drohen. Es besteht eine grosse Gefahr, dass die atlantischen Nationen sich selber entwaffnen werden, strategisch und diplomatisch ... Unter diesen Umständen, wenn es keine klare Theorie für die gemeinsame Verteidigung gibt, wie lange wird unser Kongress es den USA erlauben, 350 000 Soldaten in Europa zu halten? Für welchen Zweck? Stehen sie dort, um unsere Verbündeten zu verteidigen oder um als Auslöser für unsere Vergeltungskräfte zu dienen? Früher oder später wird irgendjemand fragen, warum wir unsere bedeutendste Streitmacht in einem Raum haben müssen, wo man nicht an die (lokale) Verteidigung glaubt.»

Und die Schweiz?

1981 unterschied sich in der Schweiz wehrpolitisch kaum von den vorangegangenen Jahren: Fortgesetzte Erneuerung des Kriegsmaterials in den Schwerpunktbereichen der Panzerbekämpfung und Panzerabwehr zum einen, der Luftverteidigung zum andern; eindrucksvolle Leistungen der Truppe in Übungen, aber auch im Angesicht des eigenen Volkes insbesondere bei Vorbeimärschen und Wehrschaufen; Polemik pazifistischer Kreise gegen die schweizerischen Selbstbehauptungsbestrebungen, die sich, entgegen dem von der Darstellung in gewissen Medien ausgehenden Eindruck, am Objekt meist als wenig wirksam erwies.

Milizarmee als Katalysator des Wehrwillens

Eine breite Abstützung des Wehrgedankens ist für den neutralen Kleinstaat, dessen Wehrverfassung die der auf der allgemeinen Wehrpflicht aufbauenden Miliz ist, schlechthin entscheidend. Die Grundfrage lautet bei uns denn auch stets nach der Bereitschaft des Volkes im allgemeinen und der Wehrmänner im besonderen, die Lasten der Verteidigungsvorbereitungen auf sich zu nehmen und ihre Pflicht im Bedarfsfall auch zu erfüllen. Über den so begriffenen Stand des Wehrwillens gibt der Verlauf der jährlichen Dienste von über 300 000 Schweizern im wehrfähigen Alter konkret Aufschluss. Im zurückliegenden Jahr haben die Truppenkörper unserer Armee ihre Dienste wie gewohnt geleistet. Vor dem Hintergrund gravitativer Betrachtungen über die «Jugendunruhen», die darauf hinausliefen, dass man es mit einer ganz anderen Jugend als zuvor zu tun habe, wäre eigentlich zu erwarten gewesen, dass sich mindestens der Dienst in den Rekrutenschulen ausgesprochen schwierig gestaltet hätte². Merkwürdig genug, die Rekrutenschulen des Jahres 1981, welche mehr als zwei Drittel der männlichen Jugend im Alter von rund 20 Jahren erfassten, gingen über die Büh-

ne wie eh und je. Höchstens geringere namentlich psychische Belastbarkeit war festzustellen, die eindeutig der wohlstandsbedingten Verweichung in der Gesellschaft zuzuschreiben ist.

Darüber hinaus erlaubten es die Mittel der Demoskopie, in beträchtlichem Masse Klarheit zu gewinnen über die Haltung der Bevölkerung insgesamt bezüglich der militärisch untermauerten Selbstbehauptung. Eine im Auftrag des Vereins zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft 1980 durchgeföhrte Untersuchung zeigte, dass die überwältigende Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer die militärische Landesverteidigung bejahen. 85 Prozent erklärten im Juli 1980, dass die Armee notwendig sei, und für 81 Prozent stand fest, dass sich die Schweiz im Falle eines Angriffs mit Waffengewalt zu wehren hätte.

Diese Grundstimmung fand 1981 ihre Bestätigung im Interesse, auf welches Truppenvorbeimärsche, Wehrtage und Ausstellungen von Armeematerial stiessen. Dem Vorbeimarsch der Luzerner Felddivision 8 wohnten an einem Wochentag rund 100 000 Bürger bei, und das gleichentags – in bescheidener Rahmen – durchgeführte Defilee von Teilen der Mechanisierten Division 4 lockte Zehntausende an. Erfolg war der Armee auch am Comptoir-Suisse in Lausanne beschieden, wo sie als Guest auftrat. Die Polemik linker und pazifistischer Kreise im Vorfeld derartiger Veranstaltungen war insofern durchaus nützlich, als sie die geringe Repräsentativität eben dieser Kreise durch das schwache Echo bewies, welches sie in Tat und Wahrheit fand.

Wie anfällig für den in Europa grassierenden Pazifismus?

Dennoch musste man sich gegen Ende 1981 ernsthaft fragen, ob der in der Nachbarschaft umgehende und durch die Medien gemeldete Pazifismus nicht auch bei uns weite Kreise in seinen Bann ziehen könnte? Die von allerhand linksgerichteten Organisationen und zuletzt auch von der schweizerischen Sozialdemokratie getragene sogenannte Friedenskundgebung, die am 5. Dezember in Bern durchgeführt wurde, verzeichnete die für schweizerische Verhältnisse eindrückliche Beteiligung von 20 000 bis 30 000 Personen. Ein derartiger Zuzug musste um so mehr zum Aufsehen mahnen, als die Forderungen der Organisatoren durchaus extrem ausfielen und schliesslich gar die von den sogenannten Jungsozialisten erhobene Forderung nach Abschaffung unserer Armee beifällig aufgenommen wurde.

Den Publikumserfolg der Berner Kundgebung rücken freilich einige Überlegungen in die richtigen Proportionen. Defilees, die unter der Woche angesetzt sind, haben im gleichen Jahr – wie erwähnt – weit mehr Publikum angezogen. Ungezählte Organisationen und Organisationen des linken

bis extrem linken Flügels haben die Kundgebung lange vorbereitet, und ihnen kam die Berichterstattung über die ganz andere Ausmasse aufweisenden Aufmärsche im Ausland zustatten. Es ist unbestreitbar auch bei uns ein nicht zu übersehendes Protestpotential vorhanden, das in den letzten Jahren hauptsächlich gegen die Kernenergie mobil gemacht werden konnte. Was immer gerne seinem Unbehagen über das und jenes, letzten Endes über das Leben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit den Füssen Ausdruck gibt, wurde durch eine solche Kundgebung angesprochen. Und diese galt ja einem a priori sympathischen Anliegen, dem Frieden.

Bemerkenswertes Ergebnis einer Untersuchung des VFWW

Im Bestreben, etwas mehr Klarheit über die effektive Relevanz der «Friedensbewegung» in der Schweiz zu gewinnen, liess der Verein zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft im Gefolge der Berner Kundgebung eine Meinungsumfrage durchführen.

Sie hat einmal gezeigt, dass die «Friedensdemonstration» vom 5. Dezember 1981 einen hohen Bekanntheitsgrad gesamtschweizerisch aufwies, was angesichts des Echos in den Medien nicht überraschen sollte. 64 Prozent wussten von der Demonstration. 30 Prozent kamen den Zweck der Demonstration allerdings nicht, im Welschland waren es gar 52 Prozent.

43 Prozent vertraten die Auffassung, solche Kundgebungen dienten der Sache des Friedens, während 26 Prozent meinten, sie würden von den Grossmächten zur Kenntnis genommen. Nur 13 Prozent sahen darin eine Schwächung unserer Wehrbereitschaft. Wer im Namen des Friedens auftritt, lautet eine Folgerung, findet einiges Verständnis.

Die Abrüstungskonferenz in Genf – die Verhandlungen zwischen Sowjets und Amerikanern über die eurostrategischen Waffen – wurde von 40 Prozent als sinnvoll eingestuft. Mehr als 50 Prozent hielten sie allerdings für nicht besonders sinnvoll oder gar für nutzlos. Entsprechend skeptisch waren die Erwartungen hinsichtlich der Fortschritte, die man sich von den Genfer Gesprächen versprechen könne. Grosse Fortschritte erwarteten nur 12 Prozent, kleine Fortschritte die Mehrheit mit 48 Prozent und keine Fortschritte 30 Prozent.

Interessant im Blick auf den Wissensstand der Bevölkerung waren die Antworten auf die Frage, ob zurzeit der Osten oder der Westen in bezug auf Atomwaffen in Europa überlegen sei. Für 50 Prozent der Bevölkerung ist der Osten überlegen, nur 11 Prozent gehen von einer Überlegenheit des Westens aus, und in den Augen von 25 Prozent herrscht ein Gleichgewicht zwischen beiden Seiten.

Das Fazit lautet dahin, dass sich das Volk durch eine gewisse Propaganda, die Ebenbürtigkeit zwischen West und Ost bei den eurostrategischen Waffen zu suggerieren sucht, mehrheitlich nicht hat täuschen lassen, sondern weiß, dass es der Osten ist, der überlegen ist. Dieses Ergebnis ist recht bemerkenswert und ermutigend. Das gleiche gilt für die auf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen gesetzten Hoffnungen. Die Mehrheit des Volkes ist offenbar weniger optimistisch, das heißt realistischer als viele prominente europäische Politiker, die es ja besser wissen könnten, die aber um kurzfristiger Vorteile willen bereit sind, die Augen vor der Realität zu verschliessen. Eher problematisch erscheint demgegenüber der eine gewisse Naivität oder mindestens ungerechtfertigtes Wohlwollen dokumentierenden Glaube, solche Kundgebungen dienten der Sache des Friedens.

Fragwürdige Rolle der Sozialdemokratischen Partei

Die Hauptwirkung der Rührigkeit linksextremer Zirkel und Gruppen liegt nun nicht darin, dass diese grosse Teile des Volkes zu überzeugen vermöchten. Der extreme Charakter der Forderungen dieser Seite, die Herkunft der Forderungen selbst besiegen den Misserfolg solcher Vorstöße vor dem Volk. Gefährlich können derartige Bestrebungen dann werden, wenn die Sozialdemokratische Partei der Schweiz sie sich mindestens teilweise zu eigen macht. Das gilt ganz besonders unter der gegenwärtigen Führung dieser Partei, deren Merkmal opportunistischer Wankelmuth ist. Dieser Fall ist 1981 mit der Lancierung einer sozialdemokratischen Volksinitiative auf Einführung des fakultativen Referendums für Rüstungsprogramme eingetreten.

Ein Erfolg dieser Initiative, die allerdings erst noch zustande kommen muss, würde die Rüstungsbeschaffung unserer Armee lähmten: Verträge mit den Lieferanten von Kriegsmaterial könnten erst nach Ablauf der Referendumsfrist abgeschlossen werden, bei Ergreifen und Zustandekommen des Referendums erst bei dessen Verwerfung, womit sich eine unheilvolle Unsicherheit über alle Bemühungen um die Modernisierung unserer Bewaffnung ausbreiten würde, vom unvermeidlichen Zeitverlust ganz zu schweigen. Die Bereitschaft des Bundesrates, kostspielige, aber nötige Rüstungsprogramme aufzulegen, würde dadurch kaum gefördert, und in allfälligen Abstimmungskämpfen über spezifische Beschaffungen dürften sich verbreitete hausbackene Vorstellungen von den technischen Bedürfnissen der Armee nachteilig auswirken. Die schweizerische Rüstungsbeschaffung, die heute schon weltweit am demokratischsten geregt und überaus zeitraubend ist, würde somit in unerträglicher Weise kompliziert und unter Umständen in Frage gestellt.

Diese erkennbaren Auswirkungen eines Rüstungsreferendums, wie es die SP Schweiz vorschlägt, rechtfertigen es, die schweizerische Sozialdemokratie in diesem Zusammenhang der Verantwortungslosigkeit zu beschuldigen.

Es kann denn auch nicht erstaunen, dass die SP in den eidgenössischen Räten 1981 bei der Behandlung der anhängigen Rüstungsprogramme eine zwiespältige Haltung einnahm. Das Rüstungsprogramm I/81, welches neben Trainingsflugzeugen insbesondere eine zweite Serie von 38 Kampfflugzeugen Tiger F5E für insgesamt 880 Millionen Franken vorsah, wurde von den Sozialisten im Ständerat bekämpft, während diese Fraktion im Nationalrat Stimmfreigabe beschloss. Das Rüstungsprogramm I/81 wurde natürlich trotzdem in beiden Kammern klar angenommen. Dasselbe gilt für das zweite 1981 von den Räten zu entscheidende Rüstungsprogramm, welches die Beschaffung von Panzerabwehrwaffen Dragon für 48 Kompanien in den Kampfbrigaden (Landwehr) sowie die rasche Einführung von Pfeilmunition für unsere Panzer betraf. Hier blieb sozialdemokratische Opposition interessanterweise aus, wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck herber Kritik, der der Partei ihre Haltung bei der Beratung des ersten Rüstungsprogrammes in den Medien eingetragen hatte.

Langsame Modernisierung der Bewaffnung

Die Rüstungsvorlagen der zurückliegenden Jahre haben ins Gewicht fallende Fortschritte in Richtung auf die Anpassung unserer Bewaffnung an die Bedrohung gebracht beziehungsweise werden diese bringen. 1979 stand in diesem Sinn im Zeichen bedeutender Investitionen zugunsten der Artillerie – mit der beschlossenen Beschaffung von 200 weiteren Panzerhaubitzen M-109 (zu 260 schon früher bestellten und mittlerweile eingeführten Panzergeschützen des gleichen Typs). 1980 wurde die Beschaffung der Fliegerabwehrlenkwaffen Rapier beschlossen, mit welchen den zu Gegenschlägen angesetzten Panzerverbänden ein teilweiser Schutz gewährt werden kann, sodann die Umrüstung der vorhandenen 35-mm-Fliegerabwehr auf das leistungsfähige Feuerleitgerät Skyguard aus einheimischer Produktion fortgesetzt. 1981 war durch die erwähnte Fortsetzung der Modernisierungsanstrengungen zugunsten von Luftverteidigung, insbesondere Raumschutz, und Panzerabwehr der Infanterie gekennzeichnet. Diese der finanzpolitischen Unbill zum Trotz durchgebrachten und somit beachtlichen Vorlagen dürfen indessen über die fortbestehenden Lücken nicht hinwegtäuschen. Erhebliche Komponenten des vom

Bundesrat 1975 vorgelegten Leitbildes der Armee der 80er Jahre bleiben *unverwirklicht* – in den Bereichen *Nachtkampftauglichkeit*, *Elektronische Kriegsführung*, *Luftbeweglichkeit* von Reserven und *Panzerabwehr*, wo die Schutzkomponente im geradezu traditionellen Wettlauf zwischen Schild und Schwert, «entre l'obus et la cuirasse», derzeit im Vorteil ist. Mit der Einführung der Dragon-Panzerabwehrleerkwaffen ist wohl ein sehr gewichtiger Fortschritt in bezug auf die Panzerabwehrkraft der Stufen Kompanie und Bataillon erzielt worden. Dem Regiment fehlen aber immer noch geeignete Mittel für die stufengerechte Panzerabwehr. Und die Frage der Modernisierung unserer Panzer, die sich trotz aller Bemühungen um Kampfwertsteigerung nicht anders als im Ausland mit jedem Jahre dringender stellt, befindet sich erst in der Phase der Abklärung.

Kostspielige Projekte

Die kommenden Jahre werden finanziell nicht ohne weiteres verkraftbare, indes- sen unwiderlegbaren militärischen Bedürfnissen entsprechende «Brocken» im Bereich der Rüstung bringen, nämlich die *Beschaffung neuer Kampfpanzer*, die *Be- reitstellung der Mittel einer* – wie immer gearteten – *Armeereserve* (Schwerpunkt- waffe zur Panzerbekämpfung in der Hand der Armeeführung) sowie die *Ablösung wesentlicher Teile der Mittel der Luftverteidigung*, der *Mirage-Abfangjäger* sowie der *Bloodhound-Raketen*, beides Systeme, die auch schon rund zwanzig Jahre alt sind.

Das erfordert Milliarden, die die überaus reiche Schweiz natürlich aufzubringen in der Lage wäre, die indessen beim Zu- stand der Bundesfinanzen schwerlich innerhalb der von der Lage her gebotenen –

kurzen – Frist bereitgestellt werden dürfen, sofern nicht *unorthodoxe Methoden der Finanzierung* gewählt werden können. Und das wiederum setzt Führungsfähig- keit und Führungswillen der in erster Linie zuständigen Behörden voraus. Dies gilt um so mehr, als die Umstände solchen Führungsakten wenig günstig sind – defai- tiatische Tendenzen im benachbarten, insbesondere deutschen Europa, dessen sektorielles Übergreifen auf die Schweiz.

¹ Eine im Februar durchgeführte Meinungsforschung zeigt, dass nur Minderheiten gegen die bewaffnete Selbstverteidigung Stellung nehmen. In der BRD wür- den 19% eine russische Herrschaft akzeptieren, 74% wollten sich aber verteidigen!

² Angespielt wird auf die sog. Jugendkommission, eine Ansammlung inkompeter Anpasser, mit der einzigen Ausnahme des jüngsten Mitgliedes, das den Mut hatte, sich von den Schlüssen der «Erwachsenen» zu distanzieren. Jugendunruhen und Jugendprobleme gibt es nur dort, wo die «Erwachsenen» im Führen versagen!

Im Gespräch mit...

Fürsprecher H-U Ernst, Direktor der Eidg Militärverwaltung, Oberst i Gst

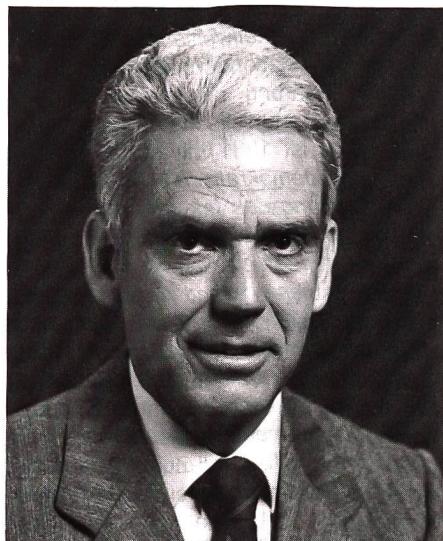
Gesprächspartner für den «Schweizer Soldat» war Major i Gst Laurent François Carell, Biel

Was sind Ihre Hauptaufgaben als Direktor der Eidg Militärverwaltung, und wo setzen Sie persönlich ein Schwer- gewicht?

Die Direktion der Eidg Militärverwaltung (DMV) bildet das Generalsekretariat des Militärdepartements. Ich bin somit eine Art ziviler Stabschef. Damit sind die Aufgaben vorgezeichnet: für einen reibungslosen Betrieb sorgen, die Geschäfte richtig planen und zur Bearbeitung zuteilen, die Einhaltung der Termine überwachen. Für die Unterstützung der Departementsführung halten wir Entscheidungsgrundlagen aus den von uns bearbeiteten zentralen Funktionen wie Personal, Organisation, Datenverarbeitung, Recht, Beziehungen zur Armee und zu den Kantonen, Finanzen und Liegenschaftswesen bereit.

Wie für viele Bundesstellen heisst auch für die DMV die Parole, mehr und qualifiziertere Arbeit mit weniger Personal zu erbringen (seit meinem Amtsantritt wurde der Personalbestand um 5% abgebaut). Als Milizoffizier versuche ich, meine Erfahrungen als aktiver Truppenkommandant einzubringen: Kampf gegen überflüssiges Papier und überholte Zöpfe oder – positiv – Berücksichtigung echter Bedürfnisse der Truppe.

Der Unterbestand an Einheitsinstrukto- ren hat als Folge des Personalstopps bedenkliche Formen angenommen und



in den Schulen zu teilweise unhaltba- ren Zuständen geführt. Darauf ange- sprochen hat der scheidende Ausbil- dungschef dem «Schweizer Soldat» geantwortet: «Wenn die politischen Behörden nicht Remedur schaffen, fällt ihnen die volle Verantwortung für eine verhängnisvolle Zukunft unserer Wehr- bereitschaft zu. So geht es nicht mehr weiter.»

Werden die politischen Behörden in- nert nützlicher Frist Remedur schaffen oder können bzw wollen sie es nicht? Wie beurteilen Sie in diesem Zusam- menhang die parlamentarische Initiati-

ve der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates zur Personalplafo- nierung beim Bund?

Trotz Personalstopp gibt es heute über 250 Instruktoren mehr als noch vor 10 Jahren. Das beweist die hohe Priorität, die man dem Instruktorenbestand im EMD einräumt. Es trifft zu, dass immer noch gegen 300 zum Sollbestand fehlen. Auch ohne Personalstopp wäre es wohl schwie- rig, genügend qualifizierte Bewerber rekrutieren zu können. An der Qualität dürfen keine Abstriche gemacht werden, das würde sich früher oder später rächen. Neben dem Bestandesproblem gibt es auch ein strukturelles Problem, nämlich die et- was zu starre Koppelung von Grad und Funktion. Hier wird man den Hebel anset- zen müssen, um mehr Einheitsinstrukto- ren freimachen zu können.

Ein totaler Personalstopp, wie er nun seit 8 Jahren besteht und nach dem Willen der nationalrätslichen Geschäftsprüfungskom- mission auf unbestimmte Zeit hinaus durchgezogen werden soll, stösst nicht nur bei der Ausbildung, sondern ebenso bei Betrieb und Unterhalt von hochtechni- siertem Kriegsmaterial an Grenzen. Der Unterhaltsaufwand für ein Tiger-Flugzeug ist in Arbeitsstunden ausgedrückt etwa viermal aufwendiger als für eine noch teil- weise aus Holz gefertigte Venom. Man kann nicht ständig den Deckel draufhalten und verlangen, dass dieser ausgewiesene Mehrbedarf auf ewige Zeiten durch Ratio-